

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Zentralverbands Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe begrüße ich Sie aus Berlin sehr herzlich zu unserer diesjährigen Jahrespressekonferenz.

Wir präsentieren Ihnen die Ergebnisse des Autojahres 2023, geben einen Ausblick auf das laufende Jahr und stellen Ihnen die Ergebnisse einer aktuellen Blitzumfrage vor, die auch auf wichtige Standortfaktoren für die Arbeit von Autohäusern und Werkstätten abzielt.

### **Zunächst zu den Zahlen:**

Der Umsatz im Kraftfahrzeuggewerbe über alle drei Geschäftsbereiche – Neuwagen, Gebrauchtwagen und Service – ist im vergangenen Jahr um 11,9 % auf 207,3 Mrd. Euro gewachsen.

Im Fahrzeugverkauf liegt das an höheren Stückzahlen, verbunden mit höheren Preisen. Die Verfügbarkeit von Neufahrzeugen hat sich verbessert. Die gestiegenen Zulassungszahlen sind jedoch zu einem großen Teil dem Abbau des Lieferrückstands aus 2022 geschuldet. In den Werkstätten war die Auslastung hoch, und insbesondere die Reparaturkosten haben angezogen.

Was wir jedoch im vergangenen Jahr fast durchgehend beobachten mussten, war ein deutlicher Rückgang der Fahrzeug-Neubestellungen insbesondere bei den Privatkunden. Und die Schockwellen, ausgelöst durch den Mitte Dezember plötzlich gestoppten Umweltbonus, werden wir in diesem Jahr bei der Elektromobilität ebenso deutlich spüren wie die große Auftragslücke aus dem Vorjahr.

Das abrupte Ende des Umweltbonus hat das Vertrauen in eine nachvollziehbare und rationale Politik der Bundesregierung zur Förderung der Elektromobilität massiv beschädigt.

Auch das hat uns bewogen, Anfang Februar eine Blitzumfrage bei Autohäusern und Werkstätten durchzuführen. Sie lief vom 5. bis 11. Februar 2024, teilgenommen haben rund 700 Autohäuser und Kfz-Werkstätten.

Wir haben die aktuelle Auftragslage im Januar und die Erwartungen für das Autojahr 2024 abgefragt. Darüber wird gleich mein Kollege Thomas Peckruhn berichten.

Außerdem wollten wir wissen, wodurch die unternehmerische Tätigkeit unserer mehrheitlich mittelständischen Autohäuser und Werkstätten beeinflusst wird. Hier waren Mehrfachnennungen möglich.

**Bei Autohäusern und Werkstätten** ganz oben stehen „unsichere politische Entscheidungen“ und „steigende Kosten“, „überbordende Bürokratie“ und „Fachkräftemangel“.

Darüber hinaus wollten wir wissen, welche Standortfaktoren die Bundesregierung verbessern müsste, um den Mittelstand zu entlasten und seine wichtige Rolle als bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserem Land zu stärken.

#### **Die TOP 5 von elf möglichen Antworten:**

Ganz oben steht „sichere und bezahlbare Energie“, gefolgt von „höherer Wertschätzung für Selbstständigkeit und unternehmerisches Handeln“.

Als nächster Punkt werden „Steuersenkungen“ genannt, gefolgt von „Einfachheit, Klarheit und Planbarkeit z.B. bei Förderkulissen oder steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten“ sowie „Weniger Berichts- und Genehmigungspflichten für Unternehmen“.

Ebenfalls noch für rund ein Fünftel wichtig sind

„leistungsfähigere allgemeinbildende Schulen für hinreichend qualifizierte Schulabgänger und eine flächendeckende Berufsorientierung“, ergänzt um den Aspekt

„Attraktivität und Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung stärken durch gut ausgestattete Berufsbildungszentren, preisreduziertes Deutschlandticket für Auszubildende, bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende in Betriebsnähe, Förderangebote in den Grundkompetenzen Deutsch und Mathematik“.

Meine Damen und Herren,

dieses Stimmungsbild zeigt, woran aus Sicht unserer Branche mit überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen dringend gearbeitet werden muss. Was besonders auffällt und den politischen Akteuren zu denken geben sollte, ist die von den Befragten empfundene mangelnde Wertschätzung der Politik für Selbstständigkeit und unternehmerisches Handeln.

Der Mittelstand ist eine starke Säule unserer Volkswirtschaft. Wenn laut einer aktuellen Studie\* 58 % der Unternehmen wegen hoher bürokratischer Belastung weniger in Deutschland investieren wollen, ist das ein Alarmsignal. Für uns folgt daraus:

- Wir brauchen mehr unternehmerische Freiheit und Planungssicherheit. Politik muss Handlungsspielräume schaffen, das heißt: kein Drehen an der Steuerschraube für Verbrenner, dazu die Beibehaltung der Pauschalbesteuerung für Dienstwagen, was ja bekanntlich kein „Privileg“ ist.
- Politik muss kluge Rahmenbedingungen schaffen: beim Zugang zu Fahrzeugdaten, für Technologieoffenheit als

Innovationstreiber, ohne einseitige Festlegung auf Elektromobilität.

- Wir brauchen klare, verlässliche politische Spielregeln. Was einmal versprochen wurde, muss gehalten werden.
- Wir brauchen Kostenentlastung für die Betriebe, etwa bei den Energiekosten.
- Wir brauchen Entlastung bei wachsenden bürokratischen Auflagen, wie zum Beispiel beim Lieferketten-Sorgfaltspflichten-Gesetz oder bei der Nachhaltigkeits-Berichterstattung für kleine und mittelständische Unternehmen. Zu nennen sind hier auch die Pkw-Energieverbrauchs-Kennzeichnungs-Verordnung und die digitale Kfz-Zulassung im Autohaus – da hakt es noch gewaltig.
- Wir brauchen einen klaren Plan für den weiteren Hochlauf der E-Mobilität – mit stabilen und berechenbaren Rahmenbedingungen, gerade auch bei den Steuern. Sonst wird das Ziel von 15 Millionen E-Fahrzeugen bis 2030 nicht zu erreichen sein.
- Und nicht zuletzt kümmern wir uns selbst darum, die Fachkräftelücke zu schließen – mit einer umfassenden Strategie, die wir in diesem Jahr ausrollen.

Soweit zunächst von mir. (Jetzt folgt Peckruhn, dann Grün)

Zum Schluss möchte ich mich zu einem aktuellen gesellschaftspolitischen Thema äußern, das uns alle bewegt. Das zeigen die vielen Protestaktionen gegen Rassismus und Extremismus in unserem Land. Auch wir im Kraftfahrzeuggewerbe stehen hier nicht abseits, sondern positionieren uns mit einer klaren Stellungnahme, die ich Ihnen vorstelle und die Sie auf unserer Website [kfggewerbe.de](http://kfggewerbe.de) im Wortlaut finden.

## **Kfz-Gewerbe gegen Rassismus und Extremismus**

Wir sind die Mobilmacher im Herzen Europas. Unsere Autohäuser und Werkstätten mit ihren knapp 500.000 Beschäftigten arbeiten täglich daran, dass unser Land mobil bleibt. Damit tragen wir als Mittelständler und Handwerksbetriebe auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Der Standort Deutschland muss attraktiv bleiben, auch um ausländische Fachkräfte einzuladen, hier eine Heimat zu finden. Jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger muss sich in unserem Land sicher fühlen.

Unsere Betriebe sind ein Spiegel der Gesellschaft. Diese Gesellschaft ist vielfältig – genauso wie die Menschen, mit denen wir leben und arbeiten. Ohne unsere Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund könnten wir in der Kfz-Branche unseren hochwertigen Service schon seit Jahrzehnten nicht mehr sicherstellen. Wir freuen uns über alle, die bei uns in den Betrieben mitarbeiten wollen, nach dem Motto: „Es ist egal, woher Du kommst. Es ist uns wichtig, was Du tust und wohin Du willst!“ Herkunft, Hintergrund, sexuelle Orientierung, Interessen und Vorlieben unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unserer Kundinnen und Kunden spielen für uns keine Rolle.

Als Kfz-Gewerbe sind wir gegen Rassismus und Extremismus, gegen Hetze und Intoleranz. Wir setzen uns für ein offenes und respektvolles Miteinander ein, bei uns in den Betrieben und überall. Für uns ist diese offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft unverzichtbar – als Basis für Wirtschaft, Arbeit, Wohlstand und für die Unternehmen und Menschen in unserem Land.

Vielen Dank.

\*Ergebnis einer aktuellen Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), veröffentlicht am 20. November 2023.